

Kommunen am Limit – wir müssen wieder gestalten können!

Offener Brief des SPD-Unterbezirks Kreis Offenbach an Partei und Fraktionen auf Landes- und Bundesebene

An den Landesvorstand der SPD Hessen
und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

sowie

an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
und die SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Kreis Offenbach mit großer Sorge an Euch.

Die finanzielle Situation unserer Städte und Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter zugespitzt. Steigende Sozialausgaben, höhere Personal- und Sachkosten, wachsende Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur und zusätzliche gesetzliche Aufgaben treffen auf kommunale Haushalte, deren eigene Gestaltungsspielräume immer kleiner werden.

Diese Entwicklung ist für uns längst mehr als eine haushaltspolitische Herausforderung. Sie berührt den Kern der kommunalen Selbstverwaltung – und damit eine wesentliche Grundlage unserer Demokratie.

Wenn ein immer größerer Teil kommunaler Haushalte durch Pflichtaufgaben gebunden ist und bei jeder freiwilligen Leistung darüber diskutiert werden muss, ob sie überhaupt noch finanzierbar ist, müssen wir der Realität ins Auge sehen: **Aus kommunaler Selbstverwaltung ist längst kommunale Mangelverwaltung geworden.** Wir gestalten vor Ort nicht mehr frei, sondern verwalten zunehmend das, was Bund und Land uns finanziell noch übriglassen.

Das erleben wir tagtäglich in unseren Städten, Gemeinden und im Kreis.

Besonders deutlich wird dies beispielsweise bei der Kinderbetreuung. Rechtsansprüche, Qualitätsstandards und eine verlässliche Betreuung sind gesellschaftlich richtig und politisch gewollt. Gleichzeitig verbleibt ein erheblicher Teil der damit verbundenen finanziellen Belastungen bei den Kommunen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Die Antwort darauf kann nicht sein, Leistungen für Familien, Kinder und Jugendliche zurückzufahren, die Unterstützung unserer Vereine infrage zu stellen, soziale und kulturelle Angebote zu streichen oder notwendige Investitionen dauerhaft aufzuschieben. Gerade diese Angebote machen lebenswerte Städte und Gemeinden aus und sorgen dafür, dass der Staat für die Menschen vor Ort konkret erfahrbar ist.

Deshalb brauchen wir eine grundlegende und strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung.

Dabei muss aus unserer Sicht ein einfacher Grundsatz wieder stärker gelten:

Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen.

Wenn Bund und Land den Kommunen Aufgaben übertragen, Rechtsansprüche schaffen oder Standards erhöhen, muss damit auch eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung verbunden sein. Das Konnexitätsprinzip darf kein politisches Schlagwort bleiben, sondern muss sich in der finanziellen Realität unserer Städte und Gemeinden widerspiegeln.

Gleichzeitig braucht es eine gerechtere Verteilung insbesondere der stark steigenden Soziallasten sowie eine strukturelle Stärkung der kommunalen Einnahmebasis. Unsere Kommunen dürfen nicht dauerhaft darauf angewiesen sein, ihre Handlungsfähigkeit durch immer neue kurzfristige Förderprogramme sicherzustellen. Sie brauchen eine verlässliche finanzielle Grundlage, auf der sie langfristig planen und eigenständig gestalten können.

Wir wissen, dass die Ursachen der gegenwärtigen Situation komplex sind und sich über viele Jahre entwickelt haben. Ebenso wissen wir, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundes- und Landesebene in unterschiedlichen Konstellationen politische Verantwortung getragen haben und tragen.

Gerade deshalb richten wir diesen Appell an unsere eigene Partei.

Mitglied einer Partei zu sein bedeutet für uns nicht, Entscheidungen der eigenen politischen Ebene widerspruchsfrei zu verteidigen. Es bedeutet auch, unsere innerparteilichen Strukturen zu nutzen, Probleme offen anzusprechen, Kritik zu äußern und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Wir wollen vor Ort sozialdemokratische Politik gestalten.

Wir wollen gute Kinderbetreuung, eine funktionierende soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, starke Vereine, moderne Schulen und Kitas, leistungsfähige Feuerwehren, gute Mobilität und Investitionen in eine soziale und nachhaltige Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

Dafür brauchen wir aber auch die finanziellen Möglichkeiten.

Gerade als Sozialdemokratie sollten wir uns bewusst machen, welche besondere Bedeutung der kommunalen Ebene zukommt. Für viele Bürgerinnen und Bürger findet der unmittelbarste Kontakt mit unserem demokratischen Staat nicht im Bundestag oder im Hessischen Landtag statt. Er findet im Rathaus, in der Kita, im Bürgerhaus, bei der Feuerwehr, auf dem Sportplatz oder in vielen anderen kommunalen Einrichtungen statt.

Wenn Kommunen ihre Leistungen immer weiter einschränken, Gebühren erhöhen, Investitionen verschieben oder freiwillige Angebote streichen müssen, wird gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht zuerst sichtbar, welche staatliche Ebene für die finanzielle Situation verantwortlich ist.

Sichtbar wird zunächst, dass der Staat vor Ort nicht mehr ausreichend funktioniert.

Damit wird die kommunale Finanzkrise zunehmend auch zu einem Problem für das Vertrauen in unseren demokratischen Staat.

Deshalb fordern wir den **SPD-Landesvorstand Hessen und die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag sowie den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion** auf, die strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen zu einer politischen Priorität zu machen.

Wir erwarten, dass konkrete Schritte für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene vorangetrieben werden. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere eine Stärkung der kommunalen Einnahmen, eine gerechtere Verteilung der Soziallasten und eine konsequente Anwendung des Grundsatzes, dass neue oder ausgeweitete Aufgaben auch entsprechend finanziert werden müssen.

Zugleich wünschen wir uns einen stärkeren und dauerhaften Austausch zwischen unserer Partei und unseren Fraktionen auf Bundes- und Landesebene und denjenigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die täglich vor Ort kommunalpolitische Verantwortung tragen. Die Erfahrungen unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Fraktionen, Kreistagsfraktionen sowie unserer zahlreichen ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen stärker in politische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene einfließen.

Wir schreiben diesen Brief nicht, um Verantwortung abzuschieben. Wir schreiben ihn, weil wir gemeinsam Verantwortung tragen.

Unser Anspruch als Sozialdemokratie muss es sein, dass Städte, Gemeinden und Landkreise Orte politischer Gestaltung bleiben.

Kommunalpolitik darf nicht zur dauerhaften Verwaltung des Mangels werden.

Wir wollen gestalten. Wir wollen investieren. Wir wollen das Leben der Menschen vor Ort verbessern.

Dafür brauchen unsere Kommunen endlich wieder den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum.

Mit solidarischen Grüßen

SPD-Unterbezirk Kreis Offenbach